

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
A. Hintergrund und Aufgabenstellung	15
B. Methodik und Begriffe	18
I. Methodik	18
II. Begriffe	19
1. Sachunmittelbare Demokratie	20
2. Volksabstimmung	20
3. Volksentscheid	20
4. Volksbegehren	21
5. Volksinitiative	21
6. Referendum	21
Kapitel 1 Die Entwicklung und Theorien der sachunmittelbaren Demokratie in der Weimarer Zeit	22
A. Die Rechtsgrundlage der sachunmittelbaren Demokratie	22
I. Das Volksbegehren und der Volksentscheid in der Reichsverfassung im Überblick	22
1. Das suspensive Veto des Reichspräsidenten - Art. 73 Abs. 1 WRV	23
2. Das fakultative Referendum - Art. 73 Abs. 2 WRV	24
3. Die Volksgesetzgebung - Art. 73 Abs. 3 WRV	25
4. Das suspensive Veto aufgrund eines Einspruchs des Reichsrats - Art. 74 WRV	26
5. Das suspensive Veto des Reichsrats bei Verfassungsänderung - Art. 76 Abs. 2 WRV	29
6. Weitere Regelungen bezüglich des Volksentscheids	29
II. Die Funktionen des Volksentscheids	30
III. Stimmberechtigte und Verfahren	31
1. Volksbegehrensverfahren	31
a) Zulassungsverfahren	32
b) Eintragungsverfahren	33
2. Volksentscheidsverfahren	33

B. Die Volksgesetzgebung	35
I. Regelungen und Interpretation	35
1. Das einheitliche Verfahren	35
2. Gegenstand und Verfahren	37
3. Sonstige Diskussionen	41
a) Das Zustimmungsquorum des Reichstagsbeschlusses über das begehrte Gesetz im Wege der Verfassungsänderung	41
b) Die Konkurrenz von Volksentscheid und Reichstagsbeschluss	42
II. Die natürlichen Grenzen der Volksgesetzgebung	44
1. Genaue Formulierung einfacher Fragen	44
2. Verbot im Gebiet der staatlichen Verwaltung und der Selbstregierung	45
3. Gesetzesinitiative nur im materiellen Sinne	46
III. Die Praxis der Volksgesetzgebung im Überblick	47
1. Erfolglose und nicht zugelassene Volksbegehren 1922 bis 1926	47
2. Volksentscheid „Enteignung der Fürstenvermögen“ (1926)	50
3. Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ (1928)	51
4. Volksentscheid gegen den Young-Plan (1929)	53
IV. Finanzvorbehalt bei der Volksgesetzgebung	55
1. Die Rechtsgrundlage des Finanzvorbehalts	55
2. Der umstrittene Begriff „Haushaltsplan“ in Art. 73 Abs. 4 WRV	56
a) Restriktive Auslegung	57
b) Weite Auslegung	58
c) Vermittelnde Positionen und Grenzen der Anwendbarkeit	62
C. Zwischenergebnis	63
 Kapitel 2 Die Ausgestaltung der sachunmittelbaren Demokratie sowie ihres parlamentarischen Finanzvorbehalts in der Bundesrepublik Deutschland	 65
A. Die Rechtslage und die Einführungsmöglichkeit der sachunmittelbaren Demokratie auf Bundesebene	65
I. Die Territorialplebiszite	65

II. Verfassungsvorbehalt für Volksabstimmung im Sinne des Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG	66
III. Die Verfassungsmäßigkeit bei der Einführung direktdemokratischer Elemente	69
1. Die Strukturvorgabe einer grundsätzlichen Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung	70
a) Die Nichtbeteiligung der Länder bei der Volksgesetzgebung als legitime Ausnahme	71
b) Die ewigkeitsgarantiekonformen Varianten einer Länderbeteiligung	74
aa) Die Einbindung des Bundesrates	75
bb) Die Einführung eines Föderalquorums	76
2. Die Vorgabe des Demokratieprinzips	79
a) Die Überzeugungskraft des Demokratieprinzips für direktdemokratische Mitwirkungsformen	79
b) Bedenken bezüglich einer möglichen Verletzung des Demokratieprinzips	81
aa) Das Mehrheitsprinzip	81
bb) Der normative Vorrang der repräsentativen Demokratie aus Art. 79 Abs. 3 GG	84
3. Die Vorgaben des rechtsstaatlichen Prinzips und des republikanischen Prinzips	88
a) Rechtsstaatliche Anforderungen - Bestimmtheit, Klarheit und Koppelungsverbot	88
b) Bedenken bezüglich einer möglichen Verletzung des rechtsstaatlichen sowie des republikanischen Prinzips	90
IV. Verfassungspolitische Gründe für direktdemokratische Mitwirkungsformen	94
1. Empirisch ermittelte Zunahme der Partizipationsbedürfnisse und die Ermittlung des wahren Volksgedankens	95
2. Die Abhilfe für den parlamentarischen Kontaktverlust zum Volk	97
3. Die Korrektiv- und Oppositionsfunktion der direkten Demokratie	98
V. Zwischenergebnis	99

B. Direktdemokratische Elemente und der Finanzvorbehalt auf Länderebene	100
I. Die Offenheit des Grundgesetzes für direktdemokratische Elemente auf Länderebene	100
II. Die Ausgestaltung direktdemokratischer Elemente insbesondere der Volksgesetzgebung auf Länderebene im Überblick	102
III. Der Finanzvorbehalt beim Volksgesetzgebungsverfahren auf Landesebene	123
1. Verortung des Finanzvorbehalts im Volksgesetzgebungsverfahren	124
2. Die inhaltliche Reichweite der speziellen Tatbestände des Finanzvorbehalts	129
a) Abgaben	129
aa) Steuern	130
bb) Gebühren, Beiträge und Sonderabgaben	133
cc) Die Abgabenvorbehaltsklausel in der Praxis	136
b) Besoldungen, Dienst- und Versorgungsbezüge sowie Entschädigungszahlungen	137
aa) Besoldungen, Dienst- und Versorgungsbezüge	138
bb) Entschädigungszahlungen	141
c) Sonstige spezielle Ausschlussstatbestände	145
aa) Staatsleistungen	145
bb) Tarife der öffentlichen Unternehmen	146
3. Die inhaltliche Reichweite des allgemeinen Haushaltsvorbehalts	147
a) Überblick über die Auslegung des Haushaltsvorbehalts in Literatur und Praxis sowie deren Entwicklung durch Verfassungsänderungen	148
aa) Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte	148
(1) Einheitsphase	148
(a) Phase der Verankerung der weiten Auslegung des Haushaltsvorbehalts in der Rechtsprechung	149
(b) Phase der unveränderlichen Haushaltsvorbehaltsklausel in der Rechtsprechung	155
(2) Differenzierungsphase	160
(a) Die abweichende Rechtsprechung	160

(b) Die an der “Tradition“ festhaltende Rechtsprechung	165
(3) Resümee	170
bb) Stellungnahmen in der Literatur	171
cc) Neue Entwicklung durch Verfassungsänderungen	175
(1) Verfassungsänderung in Berlin	175
(2) Verfassungsänderung in Hamburg	176
(3) Verfassungsänderung in Bremen	177
(4) Verfassungsänderung im Saarland	179
b) Die Untersuchung grundsätzlicher Gedanken zur Auslegung des Haushaltsvorbehalts	182
aa) Grammatikalische Aspekte	183
bb) Systematische Aspekte	186
cc) Historische Aspekte	191
dd) Teleologische Aspekte	194
(1) Vermeidung des Missbrauchs durch den Volksgesetzgeber	195
(a) Gemeinwohlschädliche Selbstbedienung aufgrund Partikularinteressen	195
(b) Anfälligkeit des Volks für demagogische Manipulation	200
(2) Ungeeignetheit des Volksgesetzgebers für die Komplexität des Finanzwesens	202
(3) Schutz des parlamentarischen Budgetrechts	207
(a) Das Budgetrecht als das Haushaltsbewilligungs- und Haushaltskontrollrecht des Parlaments	208
(b) Das Budgetrecht als Instrument für den Haushaltsausgleich	212
(c) Das Budgetrecht als Mittel der parlamentarischen politischen Prioritätensetzung	217
(4) Die Gewährleistung der Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Verwaltung	219
c) Zusammenfassung	220

Kapitel 3 Die Ausgestaltung, Entwicklung und Perspektive der sachunmittelbaren Demokratie in Taiwan	222
A. Die Rechtsgrundlage der sachunmittelbaren Demokratie	222
I. Die Entwicklung der sachunmittelbar-demokratischen Elemente in der Verfassung – ein historischer Überblick	223
1. Der Original-Verfassungstext	223
2. Die ergänzenden Artikel der sechsten Änderung zur Verfassung im Jahr 2000	228
II. Die geltende Rechtsgrundlage	230
1. Die verfassungsrechtliche Rechtsgrundlage	230
2. Die einfachrechtliche Rechtsgrundlage - ein Überblick über die Ausgestaltung des Referendumsgesetzes	239
a) Gegenstände und Ausnahmereiche	241
b) Stimmberechtigte und Verfahren	242
aa) Die erste Phase - Antrag	243
bb) Die zweite Phase - Die gemeinsame Unterzeichnung des Antrags	244
cc) Die letzte Phase - Volksentscheid	246
B. Die Durchführung der Rechte auf Initiative und Referendum in der Praxis	249
I. Die praktischen Erfahrungen auf der nationalen Ebene	250
1. Die sechs stattgefundenen Volksentscheide	250
a) Der erste und zweite Fall des nationalen Volksentscheids	250
b) Der dritte und vierte Fall des nationalen Volksentscheids	252
c) Der fünfte und sechste Fall des nationalen Volksentscheids	255
2. Die abgelehnten Anträge	258
II. Die praktischen Erfahrungen auf der lokalen Ebene	261
III. Zwischenergebnis	263
C. Die Perspektive der sachunmittelbaren Demokratie in Taiwan auf Basis der in Deutschland gesammelten Erfahrungen	265
I. Das Beteiligungsquorum	265
II. Die Formulierung des Haupttextes	269
III. Die Geeignetheit legislativer Grundsätze als Gegenstand der Initiative	273
IV. Der Haushaltsvorbehalt	275
1. Grammatikalische Auslegung	276

2. Systematische Auslegung	277
3. Historische Auslegung	278
4. Teleologische Auslegung	280
V. Zusammenfassung	284
Schluss	287
Literaturverzeichnis	289
Anhang	301
Stichwortverzeichnis	353